

Presseerklärung

Internationaler Tag der Menschenrechte: amnesty international appelliert zugunsten von Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern in Zentralamerika und Mexiko

Um auf den internationalen Tag der Menschenrechte aufmerksam zu machen, veröffentlichte amnesty international heute einen Bericht, in dem die Gefahren, Schmähungen und Schwierigkeiten derjenigen beleuchtet werden, die sich der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte in Zentralamerika und Mexiko widmen.

In ihrem Bericht "Human Rights Defenders on the Front Line" (Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler an der Front) gibt amnesty international einen Überblick über die Situation in El Salvador, Guatemala, Honduras und Mexiko. amnesty international zieht die Schlußfolgerung, daß es ein anhaltendes Muster von Einschüchterung und Verfolgung von Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern in Zentralamerika gibt, auch in den Ländern, die Friedensprozesse und politische Übergänge durchmachen.

"Regierungen halten all zu häufig zwei ihrer wichtigsten Verpflichtungen nicht ein, nämlich die Förderung und den Schutz der Menschenrechte. Darüberhinaus greifen sie diejenigen an, die sich darin betätigen, oder gestatten Dritten, sie straflos anzugreifen", sagte die Menschenrechtsorganisation.

"Solidarität und Volksaktionen zur Förderung von Menschenrechtswerten sind oft die einzigen Hilfsmittel der bürgerlichen Gesellschaft, um diese Rechte zu schützen. Mitglieder solcher Organisationen oder einzelne Personen müssen geschützt und dürfen nicht gezielt angegriffen werden."

Ein großes Spektrum von Nicht-Regierungs-Organisationen, Personen und Vereinigungen, Gewerkschaften, Volks- und religiöse Organisationen und andere ringt um die Verteidigung der Menschenrechte. Zu den Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern gehören Rechtsanwälte, Journalisten, Bauernvertreter, Gewerkschafter, Studenten, Verwandte von Opfern und viele andere, die Menschenrechtsverletzungen anzeigen und untersuchen, die Opfer unterstützen und schützen, für ein Ende der Straflosigkeit eintreten, Menschenrechtserziehung fördern und ihre Gemeinschaften dazu mobilisieren, mit Kampagnen die Menschenrechtsverletzungen zu beenden.

In Mexiko hat amnesty international ein neues, beunruhigendes und zunehmendes Muster von Übergriffen gegen Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler beobachtet. Praktisch alle Organisationen, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben, hatten aufgrund ihrer Arbeit in jüngster Zeit Einschüchterungen, Drohungen und sogar Angriffe zu erleiden. In den letzten Monaten wurden einige Mitglieder dieser Organisationen Opfer von Entführungen und Folterungen durch Personen, von denen man annimmt, daß sie mit den Sicherheitskräften in Verbindung stehen.

Sogar bekannte Mitglieder der Kirchen, die sich mit der Verteidigung der Menschenrechte befassen, wurden bedroht und angegriffen. Am 29.Juni 1995 eröffneten Schützen das Feuer auf den katholischen Bischof Arturo Lona Reyes, einem bekannten Menschenrechtler und Vorsitzender des Tepeyac Menschenrechtszentrums in Tehuantepec, Bundesstaat Oaxaca.

Samuel Ruiz, ebenfalls katholischer Bischof, wurde wegen seiner Arbeit für die indigenen Bauern im Bundesstaat Chiapas verfolgt.

In Honduras sind viele Menschen, sowohl Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft

als auch der staatlichen Behörden, die sich direkt oder indirekt mit der Untersuchung von schweren Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit befassen, ständige Ziele von Drohungen, Einschüchterungen und Angriffen durch Mitglieder der Sicherheitskräfte.

Mitarbeiter der Justiz, wie z.B. Richterin María Antonieta Mendoza de Castro und Richter Roy Medina, haben Todesdrohungen erhalten, weil sie Gerichtsverfahren gegen Mitglieder des Militärs eingeleitet haben. Staatsanwälte in Prozessen gegen Mitglieder des Militärs, wie z.B. Linda Lizzy Rivera, wurden Opfer von Drohungen und Angriffen. Sie ist Staatsanwältin im Prozeß gegen zwei Offiziere, die schließlich für Vergewaltigung und Mord an einer 16-Jährigen verurteilt wurden. Sogar Menschenrechtskommissar Leo Valladares hat anonyme Anrufe erhalten, die ihn dazu zwangen, besondere Maßnahmen zum Schutz seiner Familie zu ergreifen.

Obwohl es in Guatemala zur Zeit keine gezielte Repressionspolitik der Regierung gibt, zeigen die von amnesty international gesammelten Informationen, daß diejenigen, die sich für ein Ende der Straflosigkeit einsetzen - Richter, Rechtsanwälte, Journalisten, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen - oft Opfer von Folterungen, außergerichtlichen Hinrichtungen, Entführungen und Todesdrohungen durch Personen werden, die mit den staatlichen Sicherheitskräften in Verbindung stehen.

Nach Meinung der Unabhängigen Expertin der Vereinten Nationen für Guatemala, Monica Pinto, stehen "alle organisierten Sektoren der bürgerlichen Gesellschaft und diejenigen, die den Friedensprozeß allgemein unterstützen," der gleichen Situation gegenüber. amnesty international ist der Ansicht, daß diese Menschenrechtsverletzungen mit der Zustimmung oder unter Mittäterschaft von bestimmten staatlichen Vertretern begangen werden.

Praktisch alle diejenigen, die mit der Untersuchung des 1990 an der Anthropologin Myrna Mack begangenen Mordes befaßt waren, wurden bedroht oder in irgendeiner Weise angegriffen: Der Polizeikommissar, der die Untersuchung leitete, wurde 1991 ermordet; die Richterin María Eugenia Villaseñor, Autorin eines Buches, in dem die Art kritisiert wurde, in der die Justiz den Fall behandelte, hat wiederholt Drohungen erhalten; einer der Polizisten, der für ihren Schutz zuständig war, wurde entführt und geschlagen. 1996 wurden diejenigen, die verdächtigt wurden, die geistigen Urheber des Mordes zu sein, gegen Kautionsfreigelassen.

Trotz eines Rückgangs in der Anzahl von Menschenrechtsverletzungen seit dem Ende des Bürgerkrieges in El Salvador sind Menschen, die sich aktiv für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen, weiterhin Drohungen, Angriffen und Einschüchterungen ausgesetzt.

Das Gebäude der Salvadorianischen Frauenbewegung, des Komitees der Verwandten von Opfern von Menschenrechtsverletzungen und der Organisation FUNDASIDA, die sich um AIDS-Infizierte kümmert, wurde wiederholt überfallen und die Mitglieder der Organisationen wurden oft bedroht. Der dramatischste Vorfall war der im Mai 1994 begangene Mord an Alexander Rodas Abarca, einem Wächter der Büros der Salvadorianischen Frauenbewegung.

1995 wurde auch Benjamin Cuellar, Direktor des Menschenrechtsinstitutes der Zentralamerikanischen Universität, von Unbekannten angegriffen, unmittelbar nachdem er an einer Gedenkveranstaltung für die 1989 von den Sicherheitskräften ermordeten sechs Jesuiten teilgenommen hatte.

amnesty international weist besonders auf das Hervortreten von Gruppierungen hin, die sich Einschüchterungsaktionen verschrieben haben, und auf das Fortbestehen von "Todesschwadronen". Eine der Berühmtesten ist die Nationalistische Kraft Roberto D'Aubuisson, FURODA, in deren erster öffentlicher Mitteilung im Juni

1996 15 Personen mit dem Tod bedroht wurden. Zu diesen gehörten mehrere Mitglieder der katholischen Kirche und die Nationale Menschenrechtsbeauftragte Victoria Marina Velásquez.

Angesichts dieser Situation fordert amnesty international die Regierungen in Zentralamerika auf, ausdrücklich die Rechtmäßigkeit und den Wert der Arbeit von Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern anzuerkennen und sowohl administrative als auch gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, um jede Einschränkung dieser Arbeit zu verhindern.

Die Menschenrechtsorganisation drängt auch auf größere Zusammenarbeit und Unterstützung der Regierungen gegenüber dem Personal der Vereinten Nationen, die in den Ländern die Menschenrechte beobachten, in denen die Vereinten Nationen Vertretungen haben.

amnesty international empfiehlt, daß die Organisation Amerikanischer Staaten, OAS, bei der nächsten Sitzung ihrer Generalversammlung einen Entwurf für eine Interamerikanische Erklärung zum Schutz von Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern einbringt und daß sie in ihrem Jahresbericht ein Kapitel über Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler aufnimmt.

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 7123
71317 Waiblingen

Verbindlich ist das englische Original: "International Human Rights Day: Amnesty International Appeals on Behalf of Human Rights Defenders in Central America and Mexico". AI-Index: AMR 02/05/96. 10.Dezember 1996